

**Evangelisch-Sozial**  
 Der Evangelisch-Sozialer Kongress  
 vom 12. bis 18. Juni 1909  
 in Halle a. S.



**Infektionsgebühren**  
 beträgt für die Epidemien  
 polterig aber deren Name  
 ist bekannt.

**Infekte**  
 für die (König) Nummer  
 müssen (König) die vor-  
 wirtsch. sein (König) von  
 Empfindung aufpassen  
 (König).

Empfänger in der  
 Postzustellung.

**Sozialdemokratisches Organ**

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,  
 Naumburg-Weiskensels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga  
 und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

**Evangelisch-Sozial.**

Der diesjährige evangelisch-soziale Kongress, der vorige Woche in Heildronn gelang hat, verdient eine kurze Besprechung. Was ist evangelisch-sozial? Wilhelm II. hat diese Frage mit dem lapidaren Satz beantwortet: Evangelisch-sozial ist kein Ding. Das ist eine zwar scharfe, aber nicht die glücklichste Bezeichnung des evangelisch-sozialen Kongresses. Dem Kritiker von Gottes Gnade mag bei diesem Ausdruck weniger das Wortspiel „evangelisch-sozial“ als das Wort „sozialdemokratische Kongress“ von Männern mit den verschiedensten Anschauungen über alle Geistes- und Lebensfragen der Gesellschaft vor Augen geschwebt haben, das unter dieser Firma allfänglich einige Tage die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich hielt. Das Zusammenfinden dieser verschiedenartigen Geister, die sich bewegen die Fähigkeit aufzuweisen, die soziale Frage zu lösen, ist das tiefere Geheimnis für das Interesse, das man diesen Kongress immerhin noch widmet.

Welche Zielekräfte führen diese verschiedenen Anschauungen zu ihrem Stillstande zusammen? Wenn Leute mit den sozialkonformsten Anschauungen in religiösen und politischen Fragen mit Vertretern des entwickeltesten liberalen Protestantismus einen Pakt abschließen, so muß die treibende Kraft hierzu außerhalb der auf der Tagesordnung stehenden Frage liegen. Die Verhandlungen des Kongresses haben uns darüber erfreuliche Klarheit verschafft: Der wachsende Einfluß der Sozialdemokratie auf die breiten Volksschichten ist die gemeinsame Sorge, die diese sonst auseinanderstrebenden Elemente zusammenführt. Wer denken dabei besonders an zwei Merkmale, zunächst an das Gemeinsame über die geistigen Erörterungen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Bei der Behandlung dieser Frage konnte man zwei große aussetzungsbedingende Erörterungen innerhalb des Kongresses beobachten, die sich nur einfinden in dem Streben, die gegen ihre Lösungen unempfindlichen sozialdemokratischen Arbeitermassen für die Ideale des Christentums und des Vaterlands zurückzugewinnen. Über die Methoden dieser Zurückgewinnung bestehen tiefgehende Meinungsverschiedenheiten. Die einen, die konservativ und orthodox gerichtet sind, wollen durch einen unidirektionalen Kampf gegen die Sozialdemokratie und eine eifrige Unterwerfung der christlichen Gewerkschaften dieses Ziel erreichen; die andern predigen das Evangelium einer inneren Reform der Sozialdemokratie und einer vollständigen Umwandlung ihrer ganzen Wesenheit. Der erste Standpunkt ist von Autorität erfüllt, der letzte führt zu einer verhältnismäßig vorurteilfreien Beurteilung der Erscheinungen unserer sozialen Lebens, die mit der modernen Arbeiterbewegung in irgend einem Zusammenhang stehen. So wird es ersichtlich, wie der reaktionäre Schneeknecht so leichtlich die Behauptung aufstellen konnte, das gemeinsame Ziel der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften sei der absolute Massenkampf und die Verwirklichung einer einseitigen Arbeiterherrschaft und von diesem Gesichtspunkte aus bekämpften beide die Religion und die vaterländischen Grundgedanken. Es ist natürlich ein handgreifliches Zündholz, den Massenkampf als „Ziel“ und die Bekämpfung von „Religion“ und „Vaterland“ als Folge dieses Zieles hinzustellen und daraus die Notwendigkeit von besonderen christlich-nationalen Gewerkschaften herzuleiten.

Noch weitere ging in dieser Richtung Posadowsky, der in der Diskussion ansprach:  
 „Wenn wir die christliche Gewerkschaftsbewegung nicht hätten, würde einfach ein großer Teil der Arbeiter mit der Sozialdemokratie zusammengehen und die Rechte der sozialdemokratischen Partei verhehlen... Deshalb ist auch mein Standpunkt, daß wir die christliche Gewerkschaftsbewegung unterdrücken müssen im Gegensatz zur sozialdemokratischen Bewegung, die unser aller Feindin ist.“

Die Bewegung, von der die soziale Frage am tiefsten angezogen, am meisten gebürdet und eigentlich erst auf der Tagesordnung aller Kulturkationen gestellt wurde, wird von allen evangelischen Sozialreformern als Feindin betrachtet. Dieses Wort eines Mannes, der weit hinausragt über die Mittelmaßigkeit, stellt orientierend über Jued und Richtung des ganzen evangelisch-sozialen Weltansehens.

Die andere Strömung des Kongresses bezieht sich einer größeren Autorität. Sie tut das nicht etwa aus Liebe und Neigung zu den freien Gewerkschaften und zur Sozialdemokratie, sondern im eigenen Interesse. Ihre Vertreter sind zwar genug, um einzugehen, daß die Autoritätlosigkeit schließlich noch das einzige Mittel wäre, um sie den entsetzten Arbeitermassen wieder näher zu bringen. Daher erwidert noch auch Traub's Wortum:  
 „Unsere Arbeit gebet dem Aufstieg der gesamten Kultur, nicht einer irdischen Gruppe. Die Konfessionen dürfen niemals zur tragenden Grundlage eines Standesbetrachtung verwendet werden. Das gibt uns die Möglichkeit, die Konfessionen, das die Wissenschaften der Menschen haben sollen. Wir haben heute noch nicht ein, warum ein Evangelischer nicht Mitglied der freien Gewerkschaften sein kann.“

Noch stärker als bei dem Festival über die geistigen Erörterungen innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung trat die gemeinsame Sorge über die Abhängigkeit der Arbeiter von der Kirche hervor bei dem Thema Kirche und Arbeiterhand. Herr Drews aus Halle hat zwar dem späteren Strömung zum Opfer, von der „vererbten Abhängigkeit“ der Sozialdemokratie zu sprechen, im Übrigen aber kann man dem schillernden Gemüthen, die Fortdauer dieser „Abhängigkeit“ auf ihre weltlichen Ursachen zurückzuführen, nicht alle Anerkennung verweigern. Der Verband der offiziellen Kirche und der bürgerlichen Reaktion, die ihre stärkere Spitze gegen die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterklasse richtet, ging Drews nicht über zu Heide. Der Sündenpiegel, den er allen offiziellen Kirchenführern vor die Augen hielt, ist von einer einwandfreien Treue. Man lese diese Sätze:  
 „Der Sozialismus selbst ist keine Religion, wenn er auch ebenso kühn als religiöse Gefühle auslösen kann. Gleichwohl hat er den Arbeitermassen schon lange Zeit Religion erzeugt müssen, denn gerade die evangelische Kirche hat sich der Arbeiterklasse verhandelt und sogar feindselig gegenübergestellt. Noch im Jahre 1886 mußte das evangelische Bekenntnis über die Lage der Arbeiterklasse nichts zu sagen, als daß sie sehr befreiend sei, und als man später die Not weiter freier erkannte, mußte die innere Willkür zur Verhütung der Gewissensverluste. Die Anklagen gegen die Sozialdemokratie von der Kanzel herantreten die ganze Bewegung der Arbeiterhand auf die Gottlosigkeit der Menschen zurück. Daneben aber grübelte Stiller eine besondere Partei gegen die Sozialdemokratie, anfangs auf einen enblichen Ausgleich zwischen Sozialdemokratie und Kirche hinarbeiten.“

Dieser enbliche Ausgleich, heißt allerdings im schroffsten Widerspruch mit dem Aufsatze, welche die offizielle Staatskirche ihren Anhängern der Sozialdemokratie gegenüber zumutet und die aus folgenden Worten des Pfarrers Bröder von Halle hervorgeht:  
 „Man sollte von uns nicht erwarten, daß wir die Stalpe von unseren Sozialdemokraten auf den Tisch niederlegen. Wir wollen die Sozialdemokratie gar nicht bekämpfen, sondern nur auf dem Boden der Gleichberechtigung mit den Arbeitern und freundschaftlich unterhalten. Wir dürfen an die Arbeiter nicht immer als Hochgehörten von dem hohen Olymp herab kommen, wir müssen ganz natürlich sein und nicht das leicht verletzliche Gefühl des modernen Arbeiters kränken... Wir müssen endlich aufhören, immer zu versuchen, die Arbeiter der Sozialdemokratie abspeisig zu machen. Diesen wir der Arbeiterbewegung unparteiisch in Richtung, brüderlicher und gläubiger Gestaltung, dienen wir den Arbeitern in freier Diskussion mit der Erwachsenen und freiem Unterricht der Kinder.“

Noch beklüßter war in dieser Beziehung Professor Burckhardt's Äußerungen, der meinte:  
 „Das Bürgertum hat die Kirche noch stets im Stich gelassen. Dem Bürgertum sind wir nur gut genug, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, damit es Ruhe vor Sozialkämpfen hat. Hören wir endlich mit dem Unfug aus, die Sozialdemokratie von der Kanzel herab zu bekämpfen, dann wird es keine Zeit in der Arbeiterfamilie mehr geben, die der Pfarre nicht aufmachen dürfte, ohne lächerlich zu müssen, herausgebornen zu werden.“

Die Diener der Kirche sehen allmählich ein, welches trübselige Land sie der modernen sozialistischen Weltanschauung abtreten mußten. Die Veruche, das Verlorene durch Gegenaktionen zurückzugewinnen, werden aufgegeben. Die Tranden sind den Jüdischen so fauer. Nachdem das Mittel der schroffen Bekämpfung verlagert hat, trat man zum neutralen Entgegenkommen. Die freundschaftlichen sozialreformistischen Schlagworte sollen das Überge dann tun.  
 „Es ist kein Zweifel, daß die Politik des Entgegenkommens klüger ist, als die von einem Teil des Kongresses empfohlene Bekämpfung. Besondere Erfolge dürften aber auch ihr nicht beschieden sein. Die Art, wie die Arbeiterklasse den Kampf für die Verbesserung ihrer Lage führt, wird nicht bestimmt durch irgend welche religiöse Ideologien, sondern durch eberne ökonomische (wirtschaftliche) Notwendigkeiten. Die schöne Welt des von der Gleichberechtigung der christlichen Staatskirche mit der Förderung der Sozialreform wird der Verbesserung der Lage des Arbeiterhandes weniger nützen, als der hungrige Geist und der knurrende Magen eines einzigen Proletariats. Die Welt, wo die Arbeit, daß die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterhand mit Hilfe der bestehenden Klassen möglich sei, wenn man nur an deren Humanität, Gerechtigkeit, Nächstenliebe und Christenpflicht appelliert, unter den Arbeitern eine gläubige Gemeinde fand, sind glücklicherweise vorüber. Die Arbeiter sind nicht willig, die sozialistische Staatlichkeit mit christlichsozialen Wasserluppen zu vertauschen. Die staubverwirrenden evangelisch-sozialen Phantasien können unter der Arbeiterhand kein Unheil mehr stiften. Ihre tiefere Kenntnis der ökonomischen Lebenskräfte, die in der Gesellschaft wirksam sind, führt sie mit Notwendigkeit zu einem organisierten Massenkampf und mit dessen Hilfe zum Sozialismus.“

Die Unterwerfung der auf dem Boden des Massenkampfes stehenden freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie ist daher die beste und erfolgreichste Sozialreform.

**Politische Uebersicht.**

Halle a. S., 11. Juni 1909

Die Konferenz der einseitigen Finanzminister hat am Donnerstag vormittag begonnen. Dem Vorsth führt Reichsfinanzminister Schuler. Als Vertreter des Reichstages wohnt den Verhandlungen Unterstaatssekretär v. Rosell bei. Außer den einseitigen Finanzministern und den Vertretern der Finanzkommission nehmen auch zahlreiche Landesvertreter an der Konferenz teil. Die Verhandlungen sind streng vertraulich, so vertraulich, daß bei den Reichsministern nicht einmal über die Teilnahme an der Konferenz Auskunft erteilt wird.

Was für Geheimnisse mögen diese Verhandlungen recht fertigen? Für das Volk kann es doch wahrlich kaum noch Ueberstaltungen geben.

Nachträglich wird noch gemeldet, daß die Konferenz ihres Arbeitens am Donnerstag bereits beendet hat. Die vom Reichsfinanzminister ausgearbeiteten Entwürfe betr. Erbschaftsteuer und mehrere Veränderungen des Stempelsteuergesetzes (Vorfsteuer) wurden genehmigt, dagegen wurde von der Einbringung einer Reichssteuerreform beim Reichstag abgesehen. Die von der Finanzkommission des Reichstages beschlossene Steuerreform wurde abgelehnt. Bezüglich der sonstigen Vorarbeiten der Kommission (Steuer auf Vermächtnissen, Einkommensteuer, Gültigkeit usw.) sollen die Beschlüsse des Reichstages abgeändert werden. In dieser Beziehung hatte das Reichsfinanzministerium eigene Entwürfe ausgearbeitet; über die Einzelheiten der beschlossenen Vorlagen wird stillschweigend beobachtet. Die Genehmigung der finanzministeriellen Beschlüsse durch den Bundesrat ist nur noch formale. Die Vorlagen werden am Montag Abend im Reichstage verteilt werden.

Die Beschlüsse der Finanzministerien werden am besten illustriert durch die am 10. Juni zu erstattenden Berichte. Es ist zu berühren: den äußeren Gang der Verhandlungen, 10 Finanzgesetze und 9 Gesetzesentwürfe. Die einzelnen Vorlagen und die jeweiligen Berichtserklärer sind:

1. Aenderung des Gesetzes über die Kommissionen
2. Finanzgesetz, Artikel I (Matrikularbeiträge, Schuldensteuer, Judensteuer usw.): Raab.
3. Besteuerung des Verlustes, allgemeiner Teil: v. Westphal.
4. Die ersten Verhandlungen betreffend Wertpapiersteuer: Raab.
5. Besteuerung der Wertpapiere: v. Westphal.
6. Erhebung einer Umsatz- und Wertpapiersteuer: v. Westphal.
7. Erhöhung des Kaffees und Kakaos: Dr. Nölde.
8. Besteuerung der Bänder: Dr. Nölde.
9. Abänderung des Einkommensteuergesetzes: Erberger.
10. Erhöhung von Zinsen von Kassen und Kassen: Dr. Nölde.
11. Nachlasssteuergesetz: Erberger.
12. Änderungen des Erbschaftsteuergesetzes: Erberger.
13. Erbrecht des Staates: Erberger.
14. Abänderung des Reiches mit Branntwein: Reiche.
15. Landverbrauchssteuergesetz: Reiche.
16. Aenderung des Strafrechtsgesetzes: Dr. Rechner.
17. Weinsteuergesetz: Erberger.
18. Geldstraf- und Geldbußengesetz: Dr. Nölde.
19. Angelegenheiten: Dr. Nölde.

Daß wir es keinen Gegenstand mehr geben, der nicht mit einer Steuer belegt ist, und das alles für den Militarismus!

Der Unfall der Liberalen  
 In der Frage der Sozialreform bereitet sich langsam der Kampf bekannt geworden, daß die Regierung dadurch den konservativen Blöcken entgegenkommen gedenkt, daß sie eine Erhöhung des Einkommens- und Verluststeuern mit einem Erbschaftsteuern von 20 Millionen Mark vorschlägt, finden sich „liberale“ Stimmen, die diese „Beistellung“ nicht nur in den Kauf nehmen, sondern auch schon recht leichtlich über die Erbschaftsteuer abspreschen.

Das getreue Organ des Willkommens, die Frank. Zig., bemerkt in einer Besprechung der gegenwärtig tagenden Finanzministerkonferenz:  
 „Es wird diese Entwürfe der (Gesetzgebenden) vorliegen, wird man beurteilen können, ob sie der ursprünglich von den verbündeten Regierungen vertretenen und von den Parteien der Linken verfolgten Forderung eines allgemeinen gleichmäßigen Besteuerung des Reiches entsprechen. Denn nicht allein, was man unter dem Titel Erbschaftsteuer verstanden kann, sondern ebenfalls eine gerade gleichmäßige Besteuerung sein. Sie kann Vorurteilen enthalten, die gewisse Formen des Reiches betreffen. Von dem, was also der Bundesrat in den nächsten Tagen bringt, wird die Abweisung der Linken bei der Reichsfinanzreform abhängen, denn für diese Parteien ist der Inhalt der Steuerentwürfe entscheidend und nicht die Frage, welche Parteien an ihnen mitwirken können.“  
 Für diese „Liberalen“ ist eben nur „entscheiden“, daß sie au







Die vier „Schwämme“ England, Frankreich, Italien, und  
 und Irland, Arelia eine Konstitution, ein Parlament, und ver-  
 sprachen die Einwohnerlichkeit Arelia an die Schwelle der Ge-  
 füllung langjähriger Strebens als Gegenhalt seinen Streich  
 eingeweiht. Sofort erklärte die Kaiserregierung die Ein-  
 wöhnung in Griechenland, und eine provisorische Regierung  
 sollte die Verwaltung im Namen des Königs von Griechenland  
 übernehmen. Allein die Schwämme erwarteten bei der Regie-  
 rung Arelia und bei der Regierung Griechenlands, daß die  
 Lösung dieser Fragen angeordnet wurde, bis die anderen  
 Balkanfragen gelöst seien, womit sie ihre vorläufige Lösung  
 gefunden hätten. Die Mächte versprachen sineserz allerdings  
 den Wünschen Arelia völlige Befriedigung, wenn sich die Be-  
 wohner während der Krise entsprechnen aufführen würden.  
 Jetzt kam die Zeit und die Herren fordern die Erfüllung  
 dieser Versprechungen. Allein die Türkei hat keine Lust, in die-  
 sem Augenblicke die Insel an Griechenland abzutreten. Die  
 Jungtürken wollen das von dem alten Regime vererbete  
 Reich wiederherstellen, aber auch die, die nicht mehr hoffen, die  
 fälschlich bezogene Insel zu erhalten, können in diesem Moment  
 der griechischen Forderung nicht zustimmen. Ihre Zustim-  
 mung würde der Opposition Mut geben, zu erklären, das neue  
 Regime habe zum Zweck des demokratischen Reiches geführt. Die  
 Regierungen der Großmächte lehnen die Karte um die Kunst  
 der Türkei zu hüten, sehen den Geschritten mit Unlust an-  
 gegen. England hat zum Ueberflus noch einen besondern  
 Grund, die endgültige Lösung der Streitfrage so weit als mög-  
 lich zu verschieben, da es selbst eine von Griechen vorwiegend  
 bewohnte und dieselben nationalen Aspirationen hegende Insel  
 besitzt, die auf eine nicht gerade ehrenhafte Weise von Abdul  
 Hamid erworben wurde — wir meinen Cypern. Wie soll nun  
 bei dieser Konjunktur die Frage geregelt werden? Der türki-  
 sche Generalissimus erklärt, die Insel werde die Insel nicht  
 ausgeben, die Griechen von Arelia drohen, sie würden wieder  
 die Fahne der Insubordination aufstellen lassen und in Griechen-  
 land wird der Krieg vorbereitet.

**Kriegsrisikungen.**

Saloniki, 10. Juni. Die Vorkehrungen für den  
 eventuellen Ausbruch eines Krieges mit Griechenland wegen  
 der Areliafrage werden rüftig fortgesetzt. Die Friedensbanten  
 werden für Gefährlichkeitsrisiko eingerichtet. Lag und Raat  
 wird angeordnet gearbeitet. Das Fort am großen Kap Kara-  
 barni wird in Verteidigungszustand versetzt, dort werden von  
 der Hauptstadt herbeigeführt schwere Geschütze postiert werden.  
 Konstantinopel, 10. Juni. Aus Arelia wird gemeldet,  
 daß die türkische Regierung die Vorbereitungen im Gange seien,  
 die kriegerische Stellung entgegen der Forderung, denn die Haltung  
 der Türkei hat den Streitern als Warnungssignal gebietet. Seit  
 einigen Tagen versorgt sich Arelia reichlich mit Kriegsmaterial.

**Der Ruffen-Gebirgsprozess  
 in Dresden.**

Am Donnerstag wird in der Zeugenvernehmung fortgefa-  
 hen. Kriminalwachmeister Poffelt sagt aus, daß er die  
 Mitteilung über das Begehen der Gruppe von guteminnigen  
 Deutschen aus Mittweida erhalten habe. Bezüglich hätten  
 sie dafür nicht bekommen. Auf die Frage des Rechtsanwalts  
 Dr. Liebnicht, warum seine Gedächtniswörter, wenn sie so  
 loyal geklungen wären, nicht genannt sein wollten, antwortete  
 Poffelt: aus Furcht vor den revolutionären Ruffen. Auf die  
 Frage, ob zwischen der russischen Geländekunde und der Poli-  
 zierung in Dresden Beziehungen bestanden, verzögert er  
 die Antwort. Er führt noch aus, daß russische Studenten  
 während des Wahljahres 1903 für die Sozialdemo-  
 kratie betätigt und Schöpfpredigten verbreitet hätten. Der  
 nächste Zeuge ist der Dolmetscher vom Bahnhofs-Friedrichstraße  
 in Berlin. Er soll, wie die Verteidigung behauptet, die im  
 Solde der Polizei stehenden russischen Spione beherbergt haben.  
 Er bestreitet, wissenschaftlich an Spittel vermerkt zu haben und be-  
 schwört seine Unschuld. Sachverständiger Buchholz-Berlin  
 schildert folgenden Vorfall: Im Jahre 1900 sei ein Herr bei  
 ihm gewesen, der Auskünfte über russische Studenten und Zei-  
 tungen wünschte und ihm dafür Geld angeboten habe. Er  
 habe dem Herrn damals mit Herauswerfen geantwortet. Auf den  
 Einwand des Vorstehenden, daß dieser Vorfall doch im neun  
 Jahre zurückliege, meint Dr. Liebnicht, daß die  
 deutsche Polizei sich noch nicht gebessert  
 habe, was große Heiterkeit im Gerichtssaale hervorruft.  
 Es kam dann noch zu einem heftigen Zusammen-  
 stoß zwischen Rechtsanwalt Dr. Liebnicht und dem Vor-  
 stehenden, der dem Verteidiger vorwirft, daß er die Aussagen  
 der Zeugen verdränge, dadurch lämen dann falsche Berichte  
 in die Presse. Liebnicht vermahnt sich ganz energisch dagegen  
 und meint, daß auch der Vorstehende den Ruffen vermeiden  
 müßte, daß der Vorstehende von der Verteidigung eine Reihe  
 russischer Zeitungen zur Verfügung. Der Staatsanwalt stellt  
 mit, daß er noch verhängende Polizeizeitungen gelassen habe, um  
 zu beweisen, daß diese Zeitungen weder hier noch in Berlin  
 im Buchhandel zu bekommen seien, also geheim erscheinen. Die  
 Sachverständigen, Schriftsteller Buchholz und Dolmetscher  
 Bögne stellen fest, daß der Berliner Ueberseher aus einem  
 Briefe Wilkins an den Schriftsteller Anjanje betreffs Abhaltung  
 eines Vortrages gerabe das Gegenteil von dem

ausgesprochen habe, was darin steht. Rechtsanwalt  
 Cohn erklärt darauf, daß nach diesem Bescheide Polizi-  
 erien kann noch als Unterlage für die Verhandlung benutzt  
 werden können, liege doch eine absichtlich falsche  
 Darstellung vor. Rechtsanwalt Ciele widerspricht dem  
 Beweisantrage des Staatsanwalts. Das Gericht beschließt,  
 die Unterlage abzulehnen.

Nach Abschluß der Beweisaufnahme nimmt der Staatsan-  
 walt Dr. Kutz das Wort. Er hält die Anklage nach  
 § 123 des Strafgesetzbuchs durch die Beweisaufnahme für  
 gebat, wenn auch eine Verbindung zwischen russischen und  
 deutschen Organisationen nicht bewiesen ist. Es liege eine Ge-  
 heim-Organisation vor, die sich auch mit politischen Angelegen-  
 heiten beschäftigt habe. Er beantragt schließlich die Stra-  
 fung der Angeklagten Grinblatt, Pessin, Kja-  
 nuffel, Ugaltoff, Soboleff, Kruglikow  
 und Kagan. Gegen Erben habe sich nichts Bestimm-  
 tes ergeben. Bezüglich der Angeklagten Morosin und Kal-  
 linin stelle der Staatsanwalt keinen bestimmten Antrag.  
 Die Unternehmungsdurch soll nicht angerechnet werden, da  
 die Angeklagten diese durch konsequentes Schweigen selbst verschul-  
 det hätten.

Es folgen dann die Plädoyers der Verteidiger.  
 Liebnicht entwirft ein Bild der traurigen, politischen Zustände  
 in Russland, die viele Russen ins Ausland getrieben habe.  
 Er schildert dann das Exilantenleben in Deutschland und  
 hält eine scharfe Anklage gegen die Behörden in Deutsch-  
 land. Er wird vom Vorsitzenden zur Sache gerufen. Schließ-  
 lich beantragt Liebnicht Freisprechung. — Rechtsanwalt Dr.  
 Cohn bepricht besonders die Tatsache des falsch überlieferten  
 Briefes und erwidert, zum mindesten die Unternehmungsdurch an-  
 zurechnen, die drei Monate schwer hat. Er läßt das Ange-  
 klagte, ob dies überhaupt angebracht gewesen ist. — Rechtsan-  
 walt Ciele beantragt ebenfalls Freisprechung. Das Verfahren  
 gegen Morosin und Erben hätte vom vornherein ein-  
 gestellt werden müssen. — Auf einen anderen Standpunkt stellt  
 sich Rechtsanwalt Dr. Anst. bei der Verteidigung Ugaltoff  
 führt. Der Herr meint, daß sich Ugaltoff strafbar gemacht  
 hätte und bestraft werden müsse; es solle aber die Unter-  
 nehmungsdurch angerechnet werden.

Das Urteil des Gerichts lautet:  
 Für Pessin und Grinblatt: Zwei Monate  
 Gefängnis; für Ugaltoff: Ein Monat Ge-  
 fängnis; für Soboleff und Kruglikow: Sechs  
 Wochen Gefängnis. Die übrigen fünf Angeklagten  
 werden freigesprochen, die Unternehmungsdurch wird  
 angerechnet.

Der Ausgang des Prozesses beweist deutlich genug, daß es  
 mit der großen Aktion, die man aus der Sache zu machen  
 gedachte, nichts war: Der reisende Berg hat ein winziges  
 Mäuselken geboren. Am Ideellisten abgegriffen hat ja die  
 russisch-preussische Spindel, die moralisch verurteilt, wieder  
 einmal vor aller Welt an den Pranger gestellt wurde.

**Volkswirtschaftliches.**

**Zade wie Ost.**

Eine vollständige Verwertung der Petroleum-  
 industrie ist bekanntlich in drohender Nähe gewid. Wieder-  
 holt wurde in den Zeitungen darauf hingewiesen, daß die gal-  
 zigen Rohölproduzenten durch ihren sinnlosen Raubbau an  
 Petroleum in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, vielleicht  
 sogar in die Innadlichkeit, die Produktion überhaupt fortzu-  
 lassen. Diese Situation hat die Standard Oil-Company der  
 bekannte amerikanische Petroleum-Konzern, benutzt und hat Ver-  
 handlungen begonnen, und nun soll die galzige Petroleum-  
 industrie auf dem Punkte stehen, von dem amerikanischen Konzern  
 aufgekauft zu werden, was einem Monopol in Petroleum  
 bereits ziemlich gleich käme. Es liegt auf der Hand, daß dies  
 zunächst und vor allen Dingen zu einer starken Verteu-  
 erung des Petroleum s zugunsten der amerikanischen Mil-  
 lardäre führen wird. Die hierüber geäußerten Klagen sind  
 somit durchaus berechtigt. Nun hat sich die österreichische Re-  
 gierung ins Mittel gelegt. In Wien haben dieserhalb Ende  
 Mai Verhandlungen stattgefunden. Inzwischen hat aber die  
 Standard Oil- Co. ihre Verhandlungen befehwigt, und dieser  
 Lage hier es, sie seien bereit zum Abschlus gelangt. Dem-  
 gegenüber wird nun verlangt, daß die Regierung die Ameri-  
 kaner durch Kongressforderung und beglichen Mittel wie-  
 der aus dem Lande drängen soll. Im Augenblick läßt sich noch  
 nicht sagen, wie die Sache auslaufen wird.

Uns scheint, die Leute, die so energisch die Verdrängung der  
 Amerikaner betreiben, übersehen ganz und gar, daß die öster-  
 reichische Regierung die galzige Petroleumindustrie doch nur  
 auf demselben Wege „antieren“ kann, wie die Standard  
 Oil- Co. nämlich durch Herabsetzung von Geld, von möglichst viel Geld.  
 Und dieses Geld muß nachher auch auf demselben Wege wieder  
 heringeholt werden, nämlich durch Verteuerung des Petro-  
 leums. In der Tat heißt es denn auch in dem offiziellen Bericht  
 über die Verhandlungen mit der Regierung:  
 „Für die weitere Zukunft wurde allerdings das Eingreifen  
 der Gesetzgebung als notwendig bezeichnet und diesbezüglich  
 unter andern der Gebante der Kontingentie-  
 rung (wie einer Monopolisierung) berührt.“  
 Da also Kontingentieren (d. h. die Produktion einschränken)  
 und monopolisieren wollen ja die Amerikaner auch. Offenbar  
 handelt sich nur um einen Streit, ob das österreichische oder

das amerikanische Kapital bei zu einander großen Rück-  
 schlag einsteigt. (Denn die Regierung will das nötige Geld nicht  
 selbst hergeben, sondern bei österreichischen Banken beschaffen.)  
 Den Konsumenten aber kann es wohl ziemlich egal sein, ob  
 ihnen von Fremden oder von Landsleuten das Fett über die  
 Ohren gezogen wird.

Interessante Ergebnisse der Berufsählung von 1907  
 werden jetzt mehr und mehr veröffentlicht. Einer Zusammen-  
 stellung in dem Grenzbote entnehmen wir folgende Zahlen:

Die Landwirtschaft (einschließlich Gärtnerei und Tierganz-  
 wirtschaft und Fischerei) ernährte

1882	182 Millionen Menschen = 42,5 %
1886	13,5 " " = 33,8 "
1907	17,7 " " = 23,6 "

Die Industrie (einschließlich Bergbau und Baugewerbe) er-  
 nährte

1882	16,1 Millionen Menschen = 35,5 %
1886	20,25 " " = 39,1 "
1907	26,4 " " = 42,8 "

Handel und Verkehr (einschließlich Gast- und Schankwirt-  
 schaft) ernährte

1882	4,53 Millionen Menschen = 10 %
1886	5,97 " " = 11,5 "
1907	8,29 " " = 13,4 "

Relativ wie absolut nimmt also die Landwirtschaft ab, während  
 Handel und Industrie zunehmen. Betrachtet man die beiden  
 großen Gruppen durchgehend, so stellt sich ihr Verhältnis wie folgt  
 dar:

1882	20,6 Mill. Menschen	19,2 Mill. Menschen
1886	26,22 " "	18,5 " "
1907	34,68 " "	27,7 " "

Das macht in Prozenten der Bevölkerung:

1882	45,5 %	42,5 %
1886	50,6 " "	35,8 " "
1907	56,2 " "	28,6 " "

Diese Zahlen gelten für das ganze Reich, dessen Gesamt-  
 bevolkerung auf 61 720 629 Personen festgestellt wurde, wovon  
 30 461 200 männliche und 31 259 729 weibliche.

Bei den Zahlen für den preussischen Staat fällt auf die  
 starke Zunahme der Frauenerwerbstätigen. Die Gesamtbevölkerung  
 des preussischen Staats betrug 37 989 893 Personen, wovon  
 18 779 646 männliche und 19 210 248 weibliche.

Von den männlichen waren erwerbstätig im Hauptberuf:

1886	58,63 %	1907	60,05 %
------	---------	------	---------

also eine kaum merkliche Steigerung. Bei den weiblichen be-  
 gegnen stellt sich das Verhältnis wie folgt:

1886	17,45 %	erwerbstätig im Hauptberuf
1907	24,44 " "	" "

was eine sehr starke Zunahme bedeutet. Auch der Wachs-  
 tum der Wachsung der landwirtschaftlichen Bevölkerung zeigt  
 sich deutlich in Preußen. Es waren beschäftigt in

1882	49,55 % der Bevölkerung	50,45 %
1886	41,69 " "	58,11 " "
1907	33,83 " "	66,17 " "

Ebenso wie im Reich waren also auch in Preußen beide Gruppen  
 1882 noch gegenüber gleich stark, während in diesen 26 Jahren  
 sich das Verhältnis so veränderte, daß das nunmehr Handel und  
 Industrie gerade doppelt so stark vertreten sind wie die Landwirt-  
 schaft. (Vor 100 Jahren lebten in Preußen rund 80 % der Be-  
 völkerung von der Landwirtschaft.)

Von Interesse ist ferner noch, daß eine Konzentration der  
 Betriebe — soweit auf bezüglichen aus solchen Geländeklassen  
 überhaupt geschlossen werden darf — in der Landwirtschaft nicht  
 eingetreten zu sein scheint. Die Zahl der vorhandenen Landwirt-  
 schaftsbetriebe war

1885	3 808 126	1907	3 400 144
------	-----------	------	-----------

Diese vermehrten Betriebe umfassen auch eine vermehrte Boden-  
 fläche, nämlich

1885	28 479 739 Hektar	1907	28 512 875 Hektar
------	-------------------	------	-------------------

aber eine vermehrte Unbaufläche:

1885	21 372 025 Hektar	1907	20 924 026 Hektar
------	-------------------	------	-------------------

Zum Schluß ein Blick auf die geradezu sprunghafte Zunahme  
 der Selbständigen. Ihre Zahl betrug

1885	männliche	weibliche
1886	28,75 %	20,76 % der Erwerbstätigen
1907	28,84 " "	12,16 " "

Ebenso stark haben die Unfallständigen zugenommen. Sie  
 betragen beim Aufstich personal

1885	männliche	weibliche
1886	4,10 %	2,26 % der Erwerbstätigen
1907	6,41 " "	3,26 " "

beim sonstigen Personal

1885	67,15 %	78,31 " "
1907	69,75 " "	85,58 " "

Auch hier muß außerdem die starke Zunahme der Frauenerwerbstätigen  
 auffallen.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Bae, für Provinzial- und  
 Lokales Otto Richter, beide in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Arbeiter-Sekretariat, Halle a. S.,  
 Gang 42/43, bet. 2 Treppen.  
 Erscheinung nur Montags von 11 1/2 — 12 1/2 Uhr und abends von  
 5 — 8 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags  
 geschlossen. — Telefon Nr. 1541.

**Sonabend den 12. Juni, abends 9 Uhr**

**Schluss unserer 90 Pfennig-Woche.**

Benutzen Sie diese letzte billige Einkaufsgelegenheit.

**WILHELM**

Hamburger  
 Engros-Lager  
 Leopold

G. m. b. H.  
 Halle a. S.,  
 Gr. Ulrichstrasse  
 60/61.





## „Gefahren“ der Frauenbewegung.

Schon oft hat die Post Gelegenheit gegeben, uns mit ihren Anschauungen über die Frauenfrage und den Kampf für politische Rechte zu belesen. Seit einigen Monaten bringt sie wiederholt Artikel, die dermaßen große Angst und Sorge die Postleser beunruhigt vor den Gefahren, welche die Agitation unter den Frauen ausweckt. Vor allem erscheint ihnen die Bekämpfung des Mannes gefährlich. So viel Unheil dürfte nicht eintreten. Das Volksempfinden spreche dem ökonomischen Fortschritt, dem Hauptverdienst der Familie und Staat zu. Es liegt kein Grund vor, das Herrschaft der Frauen im Staat in Frage zu stellen. Was jedoch eine Schwächung der Familien- und Staatsinteressen gefährden könne und müsse, sei die Heranziehung der Frau zur Mitarbeit auf allen Gebieten. Was unter allen Umständen vermeiden werden muß, sei die Herrschaft der Frau im öffentlichen Leben. Auch das Eheleben würde davon betroffen und das Verhältnis beider Gatten sich als unerträglich gestalten, wenn die Frau dem Manne gegenüber ihre abweichende Meinung zur Geltung bringen wolle.

Aus der Volksempfinden heraus konnte nach Meinung der Post eine solche Umwälzung nicht vollziehen, dazu war der energische Widerstand einzelner herrschaftlicher Frauen, die agitatorische Wucht der von diesen durch die Presse mitgemachten Verurteilungen und vor allem die Mitwirkung der Regierung notwendig. Es wird zwar ausgeführt, daß die Zahl der erwirtschaftlichen Frauen von Jahr zu Jahr größere Dimensionen annimmt, daß die Haushaltungswirtschaften mehr und mehr den Handlungsbüchern verdrängen, daß ungefähr 30 000 Frauen im Handwebstuhl und Eisenhandwebstuhl sitzen, daß die Zahl der Volkshilfsarbeiterinnen um 136 Prozent sich vermehrt hat, die Konsequenzen zieht sie jedoch daraus nicht. Die Post spricht nur von bürgerlichen Berufen und der bürgerlichen Frauenbewegung, sie vergißt zu erwähnen, daß in Deutschland im ganzen 10 Millionen erwerbsfähige weibliche Personen vorhanden sind, meistens Lohnarbeiterinnen. Gegen das Eindringen dieser Frauen in die Erwerbsarbeit und Berufe des Mannes hat die Post natürlich nichts einzuwenden, da sie vollkommene Ausbeutungsbefugnisse sind.

Derselbe Kapitalismus, mit dem die konservativen Postleser ein Herz und eine Seele sind, hat ja auch diesen Zustand der Dinge geschaffen, nicht der energische Wille einzelner Herrschaftlicher. Die Frau des Mittel- und Kleinbürgerstandes kann infolge ihrer Entwicklung heute ebensowenig, wie die weiblichen Angehörigen der Arbeiterklasse den Lebensunterhalt und Lebensinhalt in der Familie, in der Hauswirtschaft finden. Sie muß heute außerhalb derselben, in der Öffentlichkeit, in der Gesellschaft suchen. Die Anhänger der Post kennen aus genau die Zusammenhänge und Entwicklungslinien der von ihnen sonst so verächtlichen Gesellschaftsordnung. Soweit Professorien in Frage kommen, ist es das Masseninteresse, soweit es sich um bürgerliche Frauen handelt, aber die Konturreferenz, die den die Herrschaft ausüben bürgerlichen Mann veranlaßt, gegen die Förderung sozialer und politischer Gleichberechtigung der Frau Front zu machen. Die Postleser erkennen klar, daß die Ausbreitung politischer Rechte an die Frau die Einschränkung von politischer Macht bedeutet, die bei den bürgerlichen Frauen genügt werden wird zur Befreiung sozialer Schranken, die ihrer geistigen Entwicklung und ihrer liberalen Berufstätigkeit gestiftet sind, daß also der Besitz politischer Rechte sie konturrenzfähig macht im Kampf um Amt und Beruf, während der Besitz politischer Rechte die politische Frau befähigt, den Kampf gemeinsam mit dem Manne ihrer Klasse erfolgreich zu führen, um ihren wirtschaftlichen Aufstieg und endliche Befreiung.

Ganz fernerhin betrachten die Postleser die Bekämpfung des politischen Bereichs und Verlangenswegs alle die erste schlagende Antwort an die volle politische Gleichberechtigung der Frau. Sie sehen einen starken Mann herbei, einen Ritter

Georg, der es fertig bräuh, dem Strom der Entwicklung Einhalt zu gebieten.

In Ermangelung eines solchen starken Mannes jedoch, müssen alle Radikaler als Argumente gegen die politische Gleichberechtigung, die soziale Verdrängung und den freien wirtschaftlichen Wettbewerb der Frau herhalten. Mit Empfinden wird erklärt: „Die Frau über die Wehrpflicht nicht aus.“ In einem Leitartikel im Mai läßt die Post ihren Gewährsmann, einem Herrn Schlichter sagen: „Der Mann, nicht aber die Frau ist verpflichtet, jeden Augenblick sein Leben für die Verteidigung und die Ehre des Vaterlandes hinzugeben, die Verteidigung des Landes mit seinem Gehirnbrot zu besorgen, und darum hat es der Mann selbstverständlich nicht nötig, sich von der Frau regieren zu lassen und ihr die Entscheidung über Krieg und Frieden, über das Wohl und Wehe des Vaterlandes einzuräumen. Die Leitung im öffentlichen Leben gehört dem Manne, dessen Schutz die Frau ehrens befeh, wie das Kind den Schutz der Eltern. Was gibt all das Welt als anerkanntes Wertes Äquivalent für die ihr erlassene Wehrpflicht, wenn sie in Kämern und Stellungen, die früher den Wehrpflichtigen zukamen, eintritt?“

Wie unerschrocken hier die Angst sich zeigt um die eigene Vorkerschafft in Amt und Würden und doch müssen die Postleser wissen, daß die Frauen nicht Vorkerschafft, sondern gleiches Recht verlangen. Ebenso ist ihnen ganz bekannt, daß ungeschickliche Frauen ihr Leben ihr Gehirnbrot hingeben müssen nicht um Leben zu verdienen, sondern um der Gesellschaft das Beste zu tun, das Schicksal zu helfen, Menschen zu erziehen und zu erheben. Wenn Jahr 1818 bis 1870 sitzen in Preußen allein 821 791 Frauen dem Hindertische zum Opfer, im Jahre also 6963. Frau Dr. Adams in München stellt 1894 fest, daß auf jede am Hindertische verstarbene Frau 15 bis 30 Frauen zu rechnen sind, welche an den Folgen der Entbindung getötet sind. Es ist dies eine viel größere Zahl von Opfern an Leben und Gesundheit, als die Bräute in der gleichen Zeit sie gefordert haben.

Die Stellung der Postleser den Frauen gegenüber, die Throne hieren und damit über ungeschickliche Männer herrschen, ist dagegen eine ganz andere. Die größten Lobeshymnen singt ihnen die Post. Eine Verwünschung dieser Amtsinhaber der Frauen würde ihr als Majestätsbeleidigung und als Kampf gegen das Gottesgnadentum erscheinen. Etwas ganz anderes ist es natürlich, wo es sich um die soziale und politische Gleichstellung der gesamten Frauenwelt handelt.

In ihren Anschauungen hat die Post wiederum gezeigt, daß sie der Schärfer und Minderer wie auf allen Gebieten, so auch auf dem der Frauenfrage ist, da wir das Bewußtsein haben, daß die bürgerliche Entwicklung so gut, wie sie in ihren Konsequenzen eine moderne Frauenfrage schafft, auch ihre Kräfte erzeugt, bis gleichzeitig mit allen ihren sozialen Problemen der Gegenwart, auch das der Frauenfrage. Wenn wir, so hätten wir das Schärfermaß der Post unbedacht lassen können. Es wird die Frauenbewegung nicht hindern, Andererseits wissen wir jedoch, daß die Post das Mundstück wirtschaftlich mächtiger und politisch einflußreicher Kreise ist, die es sich etwas kosten lassen, wenn es gilt, Bewegungen, die sie zwar nicht hindern können, doch zu hemmen. Aus diesen Erwägungen heraus haben wir Politik genommen von ihren Anschauungen, um an ihnen zu illustrieren, welche mächtige Gegnerin sie überwinden ist beim Kampf um die politische Gleichberechtigung der Frau. Der Hinweis auf diese Tatsache muß ein Paragrafen für die proletarische Frauen werden, mit größerem Eifer, größerer Energie und Ausdauer denn bisher, an der Schulung und Zusammenfassung der proletarischen Massen mit zu arbeiten. Nicht nur das Interesse der proletarischen Frauen, sondern das der gesamten Arbeiterklasse erfordert diese Tätigkeit. Der Kapitalismus auf die Proletariermassen, unsere Aufgabe ist es, sie zu organisieren und zu gleichem Kampfe zu erziehen. Diese Tätigkeit der sozialistischen Frauenbewegung bedeutet allerdings eine Gefahr, die alle-

größte für die Postleser und ihrer Gleichen. Eine weit größere Gefahr, als der Kampf seitens der bürgerlichen Frauen um Amt und Würden, denn sie hat zum Ziele die Befreiung der Arbeiterklasse und Ausbeutung, die Verwirklichung des Sozialismus.

Darum auf, ihr Frauen und Männen des arbeitenden Volkes, verweigert die „Gefahren“ der Frauenbewegung, laßt ihr ungeschickliche Mitglieder anderer Partei, Absonnerer unserer Presse weicht und damit die Totengräber für den Kapitalismus schaff!

## Gewerkschaftliches.

Arbeiter-Grubenkontrollen in Sachsen. Die sächsische Regierung hat an die Vorstandsmittelglieder der allgemeinen Knappschaftsvereine, Arbeiter wie Arbeitgeber, einen Entwurf betreffend Anstellung von Sicherheitsmännern in den sächsischen Erz- und Steinkohlenbergwerken, gemeldet. Es soll am 5. Juli eine Besprechung im Ministerium über die Frage abgehalten werden.

In der Einladung dazu bemerkt die Regierung, daß sich die Hoffnung, daß die Grubenbesitzer freiwillig eine Kontrolle durch Arbeitervertreter einführen würden, nicht erfüllt habe. Nach dem Vorentwurf sollen auf Bergwerken, auf denen in der Regel mehr als 30 Arbeiter unter Tage arbeiten, Grubenarbeiter zur Kontrolle planmäßig ausgesondert werden. Die nächsten Bestimmungen über Maß, Maßbarkeit, Ausbildung usw. sind aber befristet, daß dieser Entwurf läßt auf das Wort von der weißen Farbe erinnert; vor allen Dingen bleiben die sogenannten Sicherheitsmänner abhängig von den Bergbesitzern in deren Dienst sie stehen sollen. Maßbarkeit sind nur volljährige Arbeiter, die mindestens ein Jahr ununterbrochen auf der Grube gearbeitet haben. Der zu Wählenden muß 30 Jahre alt und seit fünf Jahren nicht wegen Uebertretung bergpolizeilicher Bestimmungen bestraft sein, ebenso muß er 5 Jahre als Bergmann unter Tage gearbeitet haben. Die Wahl erfolgt auf zwei Jahre. Wiederwahl ist für die nächsten zwei Wahlperioden nicht zulässig. Die sächsische Bergarbeiterchaft dürfte diesen sogenannten Grubenarbeitergesetz einmütig ablehnen.

Die Hamburger Bauarbeiterausperrung. Entwickelt sich nicht nach dem Wunsch der Schärfermassen. Bis her sind im Baugewerbe etwas über 6000 Mann ausgesperrt. Schon jetzt steht fest, daß die Aussperrung nicht vollständig sein wird. Außer der Materialierung befristeter aus die Arbeiterinnung und der Verein der Hamburger Tischlermeister, sich nicht an der Aussperrung zu beteiligen weil bis 1911 mit dem Holzarbeiterverband ein Tarif besteht.

## Barbarische Zustände.

Die furchtbarsten Arbeitsbedingungen herrschen in den Glashütten Obersachsens. Die Glashütten Glashüttenwerke (Kitt-Ges.) besitzt in Glashütten Glashütten die Johannisbütte. Am Sonntag, den 8. d. M., hat dort ein Teil der Arbeiter, zur äußersten Verzweiflung, die Arbeit niedergelegt. Ein Arbeiter, der die ungeschicklichen Zustände nicht mehr mit ansehen konnte, erklärte, daß es den Arbeitern unmöglich ist, in dem Qualm und Dunst zu arbeiten, das dies wohl zu bessern ginge, wenn dies nur das Werk wolle. Dafür wurde er sofort aus dem Dienste entlassen! Das Kapital läßt sich seinen Profit nicht schmälern, selbst wenn es über Leiden geht.

## Volkswirtschaftliches.

Dividendenbesagen in der Textilindustrie. Die Textilindustriellen streuen sich bestmöglich gegen die Anerkennung jeder, auch der minimalsten Arbeiterforderung, mit Berufung darauf, daß die deutsche Textilindustrie im Preise ihrer Konsumgüter auf dem Weltmarkt irgendwelche Steigerung der Löhne oder Verkürzung der Ar-

## Berthold Meryan. (Nachr. verb.)

Roman von Cornelle Hudgens. (Autorisierte Uebersetzung aus dem Holländischen.)

„Der arme, arme Maximal! Und wie traurig ist nicht der Gedanke, daß wir so gar nichts für ihn tun können! Ist es nicht furchtbar!“  
Diese Worte stießte Frau Denners eines Abends an ihren Mann, aber dennoch nicht im Augenblick mit ihm allein war und ihm mitgeteilt, was Berthold ihr an jenem Tage anvertraut hatte. Die Tränen standen ihr in den Augen. Nachdem Berthold wochenlang mit seinen Sorgen um Dams geliebt war, hatte er eines Tages, ohne in für Carla zu verlebenden Einzelheiten zu treten, sein Herz in so weit ausgesprochen, daß Frau Denners klar werden konnte, wie sehr sein Leben durch die Ehe mit einer Frau, die ihn nie geliebt hatte, verurteilt und gekümmert sein mußte.

Und die liebevolle Teilnahme, welche er in seiner gänglichen Verlassenheit so vollständig hatte einbringen müssen, wurde ihm nun gekümmert. Frau Denners begriff ihn, wie ihn noch nie jemand begriffen hatte, und sie wollte ihn zu erregen, wenn er sich nicht zu erregen konnte. Wenn die Worte ihm schickten und die Stimme drückte, hatte ihr Handrücken mehr gesagt, als Worte es vermocht haben würden. Und so war er denn auch von ihr gegangen zum erstenmal wieder geführt durch einen Schimmer dem neuen Lebensweg.

In der tiefsten Nacht seines Lebens war Berthold ein Hoffnungsgefühl auf ihn gefallen. Es war ihr gelungen, ihm wieder ein gewisses Selbstvertrauen zurückzugeben, indem sie ihn sowohl auf den unerschöpflichen Reichtum seines Gemüts als — einen Reichtum, den niemand ihm entreiben konnte, wie auf seine hohen, von dem persönlichen Leben unberührt geliebten Ideale und auf das heilige Ziel, welches sich ihm als die einzige Aufgabe darbot, die er zu erreichen vermöge, wenn er sich nicht zu erregen konnte. Da ihre Aufgabe zu erfüllen für ihn Augenblick beendigt war, erregte sie ein so langes Willeben und fand sie das Unheil, welches sein junges Leben zu brechen drohte, so entsetzlich, daß sie ganz davon ergriffen und erschüttert war. Und niemand konnte ihr dieses besser ma-

fühlen als ihr Mann, der ihren Mitteilungen auf der größten Aufmerksamkeit gefolgt war.

„Wir den Augenblick ist der arme Junge gewiß außerordentlich tief gelitten“, sagte er mit einer gewissen optimistischen Miene, aber dennoch nicht ohne die Gefahr zu erkennen, die auf diese Weise entlie. Die Sache hätte noch viel schlimmer sein können. Ich bin aber nicht Deiner Meinung, daß wir nichts für ihn tun können, sondern ganz im Gegenteil. Zunächst kann Du dafür sorgen, daß er bei uns ein Heim findet. Ferner kann ich ihm lobende Arbeit verschaffen, z. B. ihn als Korrespondenten bei einem gewissen Vertriebsbüro anstellen. Und hier ist es gefehlt und nicht auf, daß in dieser Beziehung gar nicht besorgt um ihn bin. Was die Entscheidung mit seinem Vater betrifft, so wird dieselbe auch nicht ewig dauern, da die Zeit ja alle Ecken und Ranten abschleift. Ich kann mir jedenfalls recht gut vorstellen, daß Du nach einigen Jahren wieder einmal als Vermittler auftreten wirst, und ich weiß auch sehr wohl, daß wenn Du erinnerst, daß Du ein Mann bist, der dem unentzerrigen Wesen doch recht gemächliche sein soll, einer Frau wie Dir gegenüber steht, er gewiß in kürzester Zeit vollständig gewöhnt und verführt sein wird.“

„Sie wurde seit drei Wochen wieder Redakteur ihres Mannes.“  
„Wie kann Du nur so lächerlich, Denners, wo es sich um ein so wichtiges Geschäft handelt!“  
„Meinst Du die Gefahr mit dieser am allergeringsten für ihn geeigneten Frau? Für so furchtbarlich tragisch halte ich die Sache freilich nicht. Ehebedingungen sind ja auf der Tagesordnung. Das Glück, welches meistens entsteht, wenn nicht-verantwortliche Seelen aneinander gesetzt bleiben, ist gewöhnlich viel schlimmer als eine gesunde Trennung.“

„Hilfsbereite Geden!“  
„Wiederholte Frau Denners entzückt. „Für ein Gefäß, das man für ein moralisches Hindernis halten muß, ist diese Begegnung doch gewiß die art.“  
„Er lächelte.“

„Nach unserer Auffassung gewiß, aber keineswegs nach den Ansichten des Gesellschafts. Von Konstant aber gar von Hebräer hätte kaum einer das Wädden berechnen wolle, es sich um Selbstbehaltungsbedürfnis beschränkt hat. Man hält sich im Gegenteil für sehr verständig und stillschweigend, ja fast für eine Pflicht. Man vergißt die bitterste Tränen über ein hilfloses Weibchen, aber doch ihr, die in reiner Liebe, ohne Verlangen, ohne die Verbindungen einer geistlichen Verbindung einem Manne ihr Leben widmen wollen, die ihre Gesellschaft würde sie heilen. Und ein armes Mädchen, das eine sogenannte „gute Partie“ durchläuft, würde überall für halb verurteilt erklärt werden. Glaubst Du denn etwa, daß die Frau, welche Du mißachtet, sich selbst irgendwelche Unbill fühlt? Keineswegs, sondern da sie sich mit dem Geseh in denen Einvernehmen weiß, hält sie sich für tadellos. Und im Grunde genommen,

ist sie es auch. Oder ist etwa eine Dofel oder Brennessel für die angenehmen Empfindungen, welche ihre Würdigung verursacht, verantwortlich? Anmitten einer gleichartigen großen Vegetation, in der eine höhere Kultur noch fehlt, machen sie sogar einen hübschen Eindruck. Die Wohlgepflegten West neben einer dreckigen Blume, dann werden sie ein Inkrustat, das sich bloß noch zum Ausstreichen eignet. Wie dem auch sei, der alte Maximal wird seine Schwelgerei doch gewiß ritterlich behandeln und den Anstand schon zu wahren wissen. . . . und darauf kommt es in dieser Schmeißel doch hauptsächlich an. Ein Schmeißel hat seine weitere Bedeutung, sobald derselbe mit Goldfäden überzogen ist.“

„Ihr Schicksal kümmert mich auch sehr wenig. Ich kümmere mich um seinen Eltern am allermeisten. Du glaubst gar nicht, was sein Vater für ihn getan hat! . . . er war förmlich der Widrig seiner Jugend. Er hat mir dies alles erzählt.“

„Ich verhehle seine Verdruß, aber auch ohne diese Bekräftigung würde ich mich für die sozialdemokratischen Partei zu bemerken Relativ gefühlt haben. Ein Mann, wie Maximal, dessen Vater ein sozialistischer Partigier, sich bereits erfolgreich im Handel betätigt hat, ist von Hause aus ein Anhänger des Sozialismus, und das ist ebenso natürlich wie das Verhalten des Adels und der Wohlthäter in achtzigsten Jahrhundert an dem alten Ehemann. Daß so einer je duben sollte, daß sein Sohn ein revolutionärer Lager verweilt, ist geradezu unverständlich. Als der größte aller Revolutionäre der Goldader gefolgt, werden die Töchter der Wohlthäter unter ihren Anhängern gewiß auch sehr wenig vertreten gewesen sein. Wenn dieses Verhältnis im achtzigsten Jahrhundert sich etwas verändert hat, so verdanken wir dies dem ökonomischen und dem wissenschaftlichen des Kampfes, durch welchen letztere aus einer Gesellschaftsfrage zu einer rein wissenschaftlichen Frage sich umgewandelt hat. Aber nun von etwas anderem. Du bist vielleicht darüber ungehalten, aber ich denke an erster Stelle geht ganz prosaisch: wie steht es vorläufig mit seinen Finanzen? Hast Du darüber auch etwas erfahren?“

„Ich habe ihn gefragt. Er hat ungehörig noch für ein Jahr ein geringendes Einkommen. So beläufige wie nur möglich wird er sich einrichten. Möglich noch früher Maximal.“

„Und sein Haus und dessen Einrichtung. . . . was soll damit gemacht werden?“

„Es hat seinem Vater geschrieben, daß er davon nichts behalten will. Die Frau wird also wohl alles erhalten.“  
„Wahrscheinlich. Und wenn sie sich dann noch sehen können unter gegenseitiger Einwilligung scheiden lassen können, wird sie insofern wohl so gefolgt manövriert haben, daß sie sich zum zweiten Male gut verheiratet.“ (Fortsetzung folgt.)



beitigt nicht ertragen können. Unter dem Einfluß dieses  
die Textilbranche gegenwärtig in den Rhythmus der  
für diese Aufgabe erneut liefern, hat die Gewerkschaft  
die Einführung des geglätteten Beschäftigten für die Arbeit-  
nennungen beweisen. Bei dieser notwendigen Starkepflicht, unter  
Einheits auf den normalen Profit die Arbeiterforderungen ab-  
gesehen, ist eine Zusammenfassung über die zur Verteilung  
gelangenden Dividenden der Textilfabriken, die der Textilfabrik  
bringt, nicht uninteressant. Es bezieht sich diese Zusammen-  
fassung allerdings auf die Zeit der Hochkonjunktur, auf die  
Jahre 1906, 1907 und 1908 und nur auf die Baumwollindustrie,  
inwiefern diese für sich typisch für die Rentabilität dieser In-  
dustrie gelten. Bis zu 33% Prozent Dividenden sind verteilt  
worden, und das in der Industrie und Textilfabrikation.  
Über 10-20 Prozent verteilte die Textilfabrik. Bei einem Drittel  
hat das Gewinnergebnis die Summe des Aktienkapitals erreicht  
oder bereits überbritten. Danach ist die Gewerkschaft der Textil-  
industrie über die finanzielle Vermögenslage, bessere Arbeits-  
bedingungen zu gewöhnen, eitel kühnlich.

### Kolonien.

Der hauptsächlichste Nutzen der Kolonien soll bekanntlich nach  
der Behauptung unserer Gegner darin bestehen, daß das so-  
genannte „Mutterland“ einen anfänglichen Teil seines Bedarfs  
an Kolonialprodukten aus „eigenen“ Pflanzungen beziehen kann.  
Im politischen Teil haben wir wiederholt den Unfuhm einer  
solchen Behauptung nachgewiesen, die selbst dann unfähig  
bleibt, wenn wirklich bedeutende Quantitäten aus den Kolo-  
nien bezogen werden. Für Deutschland ist sie doppelt unfähig,  
weil die deutschen Kolonien nur minimale Quantitäten liefern  
können. Das zeigen wieder die Zahlen der amtlichen Handels-  
statistik für 1908. Zum Beispiel hat in diesem Jahre Deutsch-  
land an Kaufkraft insgesamt verbraucht 147 000 Doppelzentner,  
davon nur 16 000 aus deutschen Kolonien; an Roppe 887 000  
D.M., davon 81 000 deutsche; an Palmkern und Palmöl  
1 800 000 D.M., darunter nur 46 000 deutsche; an Reis  
6 170 000 D.M., darunter 180 000 deutsche; an Kaffee 844 000  
D.M., darunter ganze 15 000 aus Kamerun und Samoa.  
Eingekauft in Gesamtzahl fallend nur die Lieferung von  
Eisenerz. Davon verbraucht Deutschland im Jahre 1908  
insgesamt 75 000 D.M., davon 28 000, also fast ein Drittel, aus  
Deutsch-Ostafrika kamen. Verbraucht lächerlich gering war aber  
die Lieferung von Baumwolle. Von den 4 600 000 D.M. Baum-  
wolle, die Deutschland im Jahre 1908 verbraucht, kamen nicht  
mehr als 6000 aus „unseren“ Kolonien.

Für die strapazöse Stimmungsmache, mit der in Kolonial-  
fragen gearbeitet wird, zeugt es, daß die bürgerliche Presse die  
Einführen an Palmkern und Öl, sowie an Reis und Kaffee  
als anfänglich hinzustellen sucht und die Lebensart hinzufügt:  
„Auch in Eisenbahn, in Weinmännern usw. Leisten die Kolonien  
schon etwas.“ Dabei sind diese „Leistungen“ zu wenig, daß man  
es nicht einmal wagt, sie in Zahlen anzugeben.

## Halle und Saalkreis.

Halle, den 11. Juni 1909.

### Die Lohnbewegung der Maurer und Zimmerer

In Ammerberg, Seelen und Radewell ist dadurch erledigt, daß  
die Unternehmer Widius und Friedrich ihre bisherigen Zu-  
gehöhrnisse erweitert. Es werden sofort zu dem jetzt geschätz-  
ten Lohn von 46 Pf. pro Stunde zwei Pfennig und vom 1. Juli  
an ein weiterer Pfennig zugelegt, so daß von da bis 31. März  
1910 der Lohnsatz von 49 Pf. Gültigkeit besitzt. Eine kombinierte  
Besprechung der Maurer und Zimmerer stimmte dem An-  
gebot zu. Bei den Bauhilfsarbeitern besteht noch eine geringe  
Differenz, die aber auch in den nächsten Tagen geregelt werden  
wird.

Die Lohnkommission. J. A.: C. Dege.

### Aktion, Gemeinbedarfer!

In den hiesigen bürgerlichen Blättern wird auf eine am  
Sonntag, 12. Juni, abends 8 1/2 Uhr im Kaiserrestaurant  
stattfindende Versammlung aller in hiesigen Betrieben be-  
schäftigten Arbeiter hingewiesen. In dieser Versammlung will  
sich ein Komitee konstituieren, der sich den Orts- und Landes-  
Gewerkschaften anschließen werden. Alle denkbaren städti-  
schen Arbeiter wollen im Auge behalten, daß hier bereits ein  
Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter besteht und daß  
es sich also bei der geplanten Reorganisation nur um eine Zer-  
splitterung handeln kann, die aus der schärfste Befähigung  
der städtischen Arbeiter einmal etwas näher betrachtet, wird über-  
zeugt sein, daß Verbesserungen für die Arbeiter nur möglich  
sind durch eine feste freie Gewerkschaft. Der freie Ver-  
band der Gemeinde- und Staatsarbeiter hält seine Versamm-  
lungen alle Sonntage nach dem 15. eines jeden Monats ab,  
und zwar in Salla Goldene Kette, Alter Markt 11. Kollegen  
sind stets willkommen.

### Die „bisherigen Leser der Saalezeitung“

hummeln jetzt munter und postet sich ihr Köpfelein auf der  
Glockenwiese des „amüßigen“ Generalanzeigers. Die „geschäftigen  
Artikel“ der Saalezeitung gegen den Oberbürgermeister Dr.  
Rise und den verstorbenen Regierungsrat Staube haben sie  
von denen geistiger Futterkette vertrieben. Besonders der  
letzte Artikel, der als Zitat aus der Neuen Hamburger Zei-  
tung bekannt war und die Worte enthielt: „Halle hat Recht  
mit seinen Stadtbeschützern“, von welchem treffenden Wort  
auch wir Rotz genommen haben.

Das Eingeständnis im Generalanzeiger stellt nun wohl die  
tiefe Notwendigkeit dar, was man ernsthaften Menschen ernst  
zu nehmen zu tun kann. In der Einleitung des wunder-  
lichen Nachweises heißt es:

„Nachdem die Saalezeitung vor einiger Zeit in zwei ge-  
schäftigen Artikeln die von Herrn Oberbürgermeister Dr. Rise  
im Verordnungsverfahren Rebe angegriffen hat, und nach-  
dem sie ihren Lesern darüber zum Ausdruck brachte, daß  
der stellvertretende Stadtoberbürgermeister Herr Justizrat  
Fähring verhandelt, daß Herr Genosse Fiehle im Stadter-  
ordnungs-Eingeständnis auf die Gerrenhofsche zurückkam,  
gibt die ungeschickliche Erwähnung des Tod des Reichstags-  
abgeordneten Schmidt Veranlassung, nicht nur gegen das  
gegenwärtige Stadtoberhaupt, sondern auch gegen den ver-  
storbenen Geheimrat Staube beschimpfende Bemerkungen zu  
machen.“

Nun folgt nach einigen Belanglosigkeiten, worin u. a. vom  
jetzigen Oberbürgermeister die Rede ist und die Saalezeitung  
der Unverschämtheit bezichtigt wird, ein Hymnus auf den  
verstorbenen Staube, in dem durchweg Dinge wie die folgen-  
den zum Stapel gefallt werden:

„Der größte Teil der Bürgerhaft wird vom Manne, der  
ein reiner, selbstloser Charakter, in schlichter Gedacht des  
Wesens und vornehmer Art der Stimmung dem öffentlichen  
Leben eine feste Stütze des Wahren und Guten und ein

guter Ratgeber allen war, die ihn als Führer, Mit-  
arbeiter und Freund verehrten, seit ein ehrenbares Andenken  
bewahren.“

Dann aber kommt der Schluß, der nicht nur seiner Inhalt-  
losigkeit wegen interessant ist, sondern auch insoweit seines  
denkmalwürdigen Textes die Aufmerksamkeit wachruft. Sein  
Wortlaut ist folgender:

„Im übrigen glauben wir, daß die Saalezeitung, die  
nach Ansicht ihrer einschlägigen Bürger, nahezu den Ton der  
Reform ansetzt, sehr viel besser wäre, schon um wieder  
etwas von dem früheren Ansehen zu erlangen, wenn die  
Herrn Redakteure sich nicht darauf beschränken, die Spalten  
des Blattes mit ausgemittelten geschäftigen Artikeln zu  
füllen. Sehr müssen bisweilen Zweifel entstehen, ob man  
es überhaupt noch mit einem bürgerlichen Blatt, zu tun  
hat. Ob der mehr als eigenartige Ton, auf  
ein Zusammenarbeiten mit dem Volks-  
blatt und auf ein Austausch von Ver-  
ständnis mit dieser Zeitung zurückzuführen ist, ver-  
mögen wir nicht zu beurteilen. Tatsache ist, daß die Saale-  
zeitung in jüngerer Zeit fast nur bringt, was andere  
Zeitungen schon gebracht haben. Wenn einmal eine höchst-  
persönliche eine telegraphische Anfrage mit Rückantwort  
in lebenswichtigen Fällen beantwortet, blüht sich das Blatt  
vor Stolz auf. Mit einem Worte wollen wir noch auf  
unser jegliches Oberhaupt der Stadt zurückkommen und er-  
klären, daß sowohl die Bürger als auch die Beamtenhaft  
ihre Wohl und Wehe hundertmal mehr lieber in die Hände  
des Dr. Rise als in die der Saalezeitung legt.“

Mehrere bisherige Leser der Saalezeitung.“

Einige erläuternde Worte müssen wir schon an dieses Meister-  
stück der Geschäftigkeit und Albernheit knüpfen. Zunächst seine  
Behauptung unter der Rubrik „Aus dem Verzeßte“, genannt  
Glockenwiese, die ein losbares Zeugnis für den in der Redak-  
tion des Generalanzeigers ausgeübten Mut der Lieberzug-  
ung bedeutet. Der ganze Artikel trägt nämlich unentbehrbar  
das Gepräge der Verwirrung mit einer vom „amüßigen“  
Organ sonst nicht gerade gering geschätzten Stelle, der bisher  
ein in Wäldern unter der moralischen Verantwortung ge-  
nannter Redaktion referiert war. . . .

Aber das nur nebenbei. Auch unser ungetriebenes Vergnügen  
über den Herrn Genossen wollen wir nur erwähnen. Einige  
Worte aber über den Mann von „reinem, selbstlosen Charak-  
ter“, schlichter Gestalt mit blondem Haar, dessen die ge-  
wöhnliche bürgerliche Presse eben gebührend. . . . Unseres Wis-  
sens war das Blatt, welches schrieb, daß Halle durch ein  
„Blamiert vor ganz Deutschland“ sei, ein bür-  
gerliches. Und wenn man, wie die „bisherigen Leser der  
Saalezeitung“ von der gewöhnlichen Bürgerhaft“ redet, meint  
ja ja wohl auch die Arbeiterhaft, deren arbeitslose Angehörige  
der verstorbenen Staube einmal „Latzger“ nannte.  
Diese zwei letzten Tatsachen, die beliebig vermehrt werden  
können, vergleiche man mit den abgemessenen Wohlwärtigen  
im Eingeständnis des Generalanzeigers.

Ob man sich in der Redaktion des Generalanzeigers bei der  
Lektüre der Stelle, in welcher vom „Verhältnis“ zwischen  
Volksblatt und Saalezeitung die Rede ist, auch die Länge  
ausgezogen hat, wissen wir nicht. Jedenfalls haben wir sie  
nicht so gelacht, als wir beim Ansehen dieser Zeilen. Hei-  
liger Dimbul, ist das plump! Der Verfasser soll sich um  
diplomatische Dienst machen. Dort ist man außerdem eben-  
so geschickt. Es muß ja ein Wünder mit dem Prädikat führen,  
daß hier ein Einschüchterungsvertrag täppischer Art vorliegt.  
Die herannahende Reichstags- Eröffnung  
ist die Ursache dieser hochgradigen Ver-  
schämtheit! Falls ja im freistehenden Lager noch der  
berühmte verstarbten Staube, der in der Sozialdemokratie das  
jenige kleinere Uebel sollte, so muß er jetzt aber  
nie breitgeschlagen werden für das bür-  
gerliche Bündnis. In der Redaktion der Saalezeitung  
vermutet man jedenfalls — sehr mit Unrecht allerdings! —  
einen solchen Konsequenzen und darum benutzend und ter-  
rorisiert man drauf los, damit dieser Ungehorsamen den Mund  
hält.

Heillos wohl schon jetzt der Hammer im bürgerlichen Lager  
sein, wenn man so solchen Mitten greift, um die „Einigkeit“  
herzustellen. Und so größer aber die übertriebene Ruhe  
sein, mit der wir diesem lächerlichen Beginnen aufpassen. Für  
uns ist die Parole im Wahlkampf klar und deutlich vorhan-  
den. Sie lautet: Drauf und dran, gegen Stroh-  
wucherer und Staatsbetrüger, gegen Steuer-  
pflücker und Raubbändler jeder Art! Vor-  
wärts für das arbeitende Volk! Reich  
und Wohlfahrt! Warten wir ab, was das Bürger-  
tum dieser Lösung entgegenzusetzen hat.

### Es ist erreicht!

Wie unsere Leser wissen, wird schon seit langer Zeit gegen  
die Arbeiter-Turnvereine eine Verfolgung betrieben, hinter der  
als Urheberin niemand anders als die Regierung steht, der von  
der teutschen Turnerschaft das auf dem Wege der Beispelung  
gewonnene Material zu diesem Rampf zugezogen wird. Den  
Arbeiterturnern ist es verwehrt, jugendliche Personen für die  
Turnerei zu begeistern und tätige, gewandte Menschen aus  
ihnen zu erziehen. Das man sich bei den mit Zügelheit und  
Kausbauer fortgesetzten Unterdrückungsmaßnahmen in den eige-  
nen Klassen und amtlichen Auforderungen zur Pflege der  
Turnerei in scheidenden Widerspruch setzt, sieht die lieblichen  
Staatsmänner“ herzlich wenig an. Ebenso wenig man wenn  
den „guten Ruf“ der preussischen Regierung unbedenklich, wenn  
man sich bei der Realisierung des Vorhabens gegen die Ar-  
beiterturnvereine auf vornehmliche Verbindungen und Para-  
graphen stützt. Eine wackeren preussischen Bureautanten be-  
trifft es etwas nicht. Wenn er nur etwas gegen Arbeiter un-  
ternimmt, ist er schon glückselig.

Bir haben in Preußen auch seit 100 Jahren eine städtische  
Selbstverwaltung, die im wesentlichen darauf beruht, daß die  
Stadterverwaltungen tun dürfen, was die Regierung will. Auch  
in der Angelegenheit der Turnvereine ist es so. Die städtischen  
Schulbehörden treten, wie der Stadtschulrat ausdrücklich be-  
tonte, lediglich nach Anweisung durch die Regierung gegen die  
Arbeiterturnvereine auf. Natürlich nicht mit geringerer Schärfe,  
als wenn der eigene Wunsch der Vater dieser Unterdrückungs-  
politik gewesen wäre.

Diese fortwährenden Schikanen und Demütigungen, deren  
Eingelien öfter geschäftet worden sind und die in der An-  
drohung von Strafmahnen ausstehen, haben nimmermehr den  
hiesigen Turnvereinen Furcht veranlaßt, einen Beschluß auf  
Ankündigung der Jugendabteilung zu fassen. Den jungen  
Leuten wurde danach freigestellt, sich eventuell der Deutschen  
Turnerschaft anschließen. In einer Zusammenkunft von fast  
allein durch das Verbot betroffenen jungen Leuten wurde von  
diesen mit Einmütigkeit das Ansuchen eingeleitet,  
unter die hunderttausenden teutschen Turnerei zu gehen. Man

hoffte vielmehr, einen Spiel- und Wandervogel zu  
gründen, dem die hiesigen sich interessierenden jungen Leute  
beitreten können.

Es ist beachtenswert und hochinteressant, daß die Jugendlichen  
des Arbeitertages das ihnen ausgeführte Unrecht nicht minder  
bitter empfinden, wie die erwachsenen Arbeiter und daß sie  
lieber bereit sind, als das ihnen liebgewordene rechtliche  
Turnen, als daß sie sich der Folgezeit an der Arbeitertag-  
schaften bereit über den Deutschen Turnerschaft anschließen.  
Dieser gute Geist zeigt uns, daß die hiesigen Turnvereine  
gegen die Unterdrückungspolitik der Regierung nicht gerade mit  
Wut und heftig aufzutreten müßten. So hat man in der Brust  
der jungen Menschen, die vor jeder Verhöhnung mit „Politik“  
ängstlich behütet werden sollen, daß und Widerstand gegen  
das herrschende System. Ob man das genöht hat?

### Weste den Sozialdemokraten!

Die Altdeutschen in Halle haben einen Beschluß gefaßt, wo-  
nach sie auch ihren Einfluß bei der kommenden Reichstags-  
Eröffnung zur Geltung bringen wollen. Ein endgültiger Be-  
schluß soll aber erst dann gefaßt werden, wenn mit anderen  
nachstehenden Ereignissen Fälligkeit genommen sei. Dabei  
sind eine Anregung Nationalen, möglichenfalls erweiternd, durch  
den Reichstagskommissionen, in der Weise, daß hiesigen  
Wahlmännern dem Wohlgefallen des Ganzen unterworfen sein  
und dadurch ein Sieg der Sozialdemokraten beschert werde.  
Das „nationale Ereignis“ der Studenten beginnt bereits  
schon zu regern, im Rotenkreuz rüsten man die zwei Rettungs-  
boote, welche hin und wieder die Saale unsicher machen, als  
Kriegsgerätschaften zum Eingreifen in den Wohlstand durch die  
Arbeitervereine bereiten die Siegesillumination durch Einlauf  
entsprechender Biermengen vor, nun kommen auch noch die  
Altdeutschen und strempeln bestig mit den Weinen, da wird es  
den Bösen Göttern schon schlecht gehen.

Objektive Beobachter können diese mannigfachen Anstren-  
gungen nur gut finden. Es muß auch Reute und Körperkraft  
geben, die im Wohlkampf für den nötigen Humor sorgen, der  
unfreiwillig erzeugt, bekanntlich am erfolgreichsten wirkt.

„Sozialdemokratischer Verein.“ An die gemeinschaftliche Be-  
schäftigung des Biologischen Gartens am Sonntag, den 12. Juni,  
früh von 7 Uhr ab, wird nochmals erinnert. Karten, für Er-  
wachsene 20 Pf., für Kinder 10 Pf., sind bei dem bekannten  
Verkaufsstelle erhältlich, in der Weise, daß hiesigen  
Wahlmännern dem Wohlgefallen des Ganzen unterworfen sein  
und dadurch ein Sieg der Sozialdemokraten beschert werde.  
Das „nationale Ereignis“ der Studenten beginnt bereits  
schon zu regern, im Rotenkreuz rüsten man die zwei Rettungs-  
boote, welche hin und wieder die Saale unsicher machen, als  
Kriegsgerätschaften zum Eingreifen in den Wohlstand durch die  
Arbeitervereine bereiten die Siegesillumination durch Einlauf  
entsprechender Biermengen vor, nun kommen auch noch die  
Altdeutschen und strempeln bestig mit den Weinen, da wird es  
den Bösen Göttern schon schlecht gehen.

Objektive Beobachter können diese mannigfachen Anstren-  
gungen nur gut finden. Es muß auch Reute und Körperkraft  
geben, die im Wohlkampf für den nötigen Humor sorgen, der  
unfreiwillig erzeugt, bekanntlich am erfolgreichsten wirkt.

Der Arbeiter-Abwehrkampf Freiheit hielt während der  
Pflanztag am Sonntag, den 12. Juni, seinen dritten Abendtag  
ab, über den unser dortiges Arbeiterblatt einen Bericht bringt,  
den wir folgendes entnehmen: „Zu den Verhandlungen waren  
14 Personen erschienen, hierunter aus Berlin allein sechs. Nach  
dem gegebenen Bericht hat es der Bund in den fünf Jahren  
seines Bestehens auf circa 3000 Mitglieder gebracht, während  
der Bund im Verhältnis unter zu stehen, sowie im Ver-  
hältnis der Reichstagswahl, wurde eine beantragte  
Beitragsreduzierung abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dürften weder für den Bund selbst noch für  
die Arbeiterbewegung überhaupt von irgend welchem Nutzen  
sein, so wohl, als der durch einen Delegierten vertretenen  
Bund der Reichstagswahl, wurde eine beantragte Beitragsreduzierung  
abgelehnt; es wurden hingegen die Befran-  
gen des Bundes vermindert. Die Verhandlungen boten nichts  
Besonderliches, sie dür





Seltene Kauf-Gelegenheit!

# Zwei Reste-Tage.

An diesen beiden Tagen werden

Beste von Kleiderstoffen, Blusenstoffen, Waschstoffen, Schürzenstoffen, Hemdentuchen, **Rest-Bestände** Gardinen, einzelnen Steppdecken, Teppichen u. Bett-Vorlagen teilweise für ein Drittel, falls für

**die Hälfte**

der ausgezeichneten Preise verkauft.

# Hönicke, am Leipziger Turm.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

**Sonnabend**

**Sonntag**

## Apollo-Theater.

Operetten - Sommer - Saison.

Direktion: Gustav Poller.

Heute, Freitag den 11. Juni, zum ersten Male:

Rezitit! **„Der Opernball“** Rezitit!

Operette in 3 Akten (nach dem Lustspiele: „Die Rosa-Dominos“) v. Witt. Leon u. Hugo v. Waldberg. Musik von Richard Heuberger.

Geleitet von **Alfred Landory**

vom Stadt-Theater in Halle a. S.

Paul Huber . . . . . Alfred Landory a. S.

Die gesamte Presse von Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Dresden bespricht das Werk in den **glänzendsten Kritiken!**

Am **Sonntag** den 12. Juni und **Montag** den 13. Juni finden die nächsten Wiederholungen von:

**„Der Opernball“**

mit Alfred Landory a. S. feat.

Sonnabend den 12. Juni: Debut von

Fräulein **Margarete Mühlberg** Sängerin a. S.

**„Der Zigeunerbaron“**

Operette in 3 Akten, nach einer Erzählung des Marquis

Johann von Schöner. Musik von Joh. Strauß.

Geleitet von **Margarete Mühlberg**.

Die übrigen Hauptrollen sind verteilt:

**Sänger:** Wärschky . . . . . Heinrich Wettern.

**Sänger:** Wärschky . . . . . Marie Simmer.

**Sänger:** Wärschky . . . . . Erich Kästner.

**Sänger:** Wärschky . . . . . Anton Ott.

**Sänger:** Wärschky . . . . . Karl Theumann.

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

**Sänger:** Wärschky . . . . .

## Turnverein „Fichte“ Halle a. S. u. Umg.

(Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes).

Frot Heil! **Sonntag, den 12. Juni 1909,**

nachm. 4 Uhr im „Volkspark“:

Großes **Sommer-Vergnügen**

bestehend in

Preis-Schiessen, -Würfeln u. -Kegelein.

Nachmittags 4 Uhr im grossen Saal:

**Tanz.**

Es ladet freundlich ein

Der Festausschuss.

## Deutscher Transportarbeiter-Verband

Zahlstelle Halle a. S.

**Sonnabend** d. 12. Juni 1909 abends 8 1/2 Uhr

bei J. Streicher (Gass. 3 Köhne) St. Annsstr. 7

**Mitglieder-Versammlung.**

Tagesordnung:

1. Vortrag des Reden Lambrecht.

2. Diskussion und Beschluß.

Satzliches Erscheinen erwünscht.

Die Orts-Vorwaltung.

## Bergarbeiter-Verband

Zahlstelle: Ammendorf.

**Sonntag** den 12. Juni 1909 nachmittags 3 Uhr

im „Burgschloßchen“

**2. Sommerfest**

bestehend in

Konzert, Preisregeln, Preisschiessen u. Blumenverlosung.

Der **Arbeiter-Gesangverein Burg-Radewell**,

unter persönl. Leitung seines Dirigenten Herrn Th. Stern, wird

das Fest beschließen helfen.

Donnerstag 6 Uhr an: **Ball.**

Alle Freunde und Gönner sind hierzu ergebenst eingeladen.

Das Komitee.

NB. Für gutgepflegte Biere, Speisen usw. ist ge-

fragt. Frau verw. Fischer.





